

Handlungsempfehlung für bessere Bürgerbeteiligung

Frankfurter Demokratiekonvent 2019

organisiert von



gefördert durch



Zum Prozess

Der Frankfurter Demokratiekonvent fand 2019 zum ersten Mal statt. An drei Tagen im Februar (09.02., 23.02. und 24.02.) wurden 50 zufällig ausgewählte Frankfurterinnen und Frankfurter in die Räume der Evangelischen Akademie eingeladen, um gemeinsam eine politische Fragestellung zu erörtern und eine Handlungsempfehlung für die Stadtregierung zu verfassen. Die Idee dahinter: Bürgerinnen und Bürger beraten die Politik. Das Thema des ersten Demokratiekonvents war die Frage der Bürgerbeteiligung selbst: Wie kann und wie will ich mich in Frankfurt beteiligen? Wo bestehen Probleme oder Hürden? Was können wir von anderen Kommunen lernen? Zwei Drittel der Teilnehmenden wurden hierfür zufällig ausgelost. Ein weiteres Drittel wurde durch die konkrete Einbeziehung unterrepräsentierter Gruppen eingeladen, um die Selbstselektion der Losauswahl auszugleichen.

Die drei Tage können vereinfacht in drei Phasen strukturiert werden: Inspirations-, Arbeits- und Finalisierungsphase. Informiert und inspiriert wurden die Teilnehmenden am ersten Tag von 17 Projekten aus Frankfurt, ganz Deutschland und Österreich. Während sich vormittags lokale Beteiligungsprojekte aus Frankfurt vorgestellt haben (Projekte verschiedener Dezernate und Stabstellen, Bürger*inneninitiativen oder klassische Beteiligungsformate.), folgte am Nachmittag der zweite Teil der Inspirationsphase. Mit einem Marktplatz der Möglichkeiten bekamen die Teilnehmenden einen umfassenden Einblick in verschiedene erfolgreiche Beteiligungsformate im deutschsprachigen Raum.

Der zweite Tag begann mit einem Impulsvortrag von Politikwissenschaftler Prof. Claus Leggewie mit dem Titel Wie demokratisch sind unsere Demokratien? Die restlichen Stunden standen ganz unter dem Zeichen der Ausarbeitung eigener Ideen. In wechselnden Kleingruppen diskutierten die Teilnehmenden angeleitet von Moderator*innen über Probleme und Lösungen der Beteiligung in Frankfurt. Daraus entstanden sechs Projektskizzen, wie bessere Bürger*innenbeteiligung ganz konkret in Frankfurt funktionieren kann. In einzelnen Bereichen ähneln und überschneiden sich einige der Ideen, was die Wichtigkeit verdeutlicht, dass einige wiederkehrende Aspekte von allen Gruppen unabhängig voneinander gefordert wurden.

Bei der Entwicklung der Ideen wurde auch die Politik aktiv mit einbezogen: Zum Abschluss des Tages hatten die Teilnehmenden die Chance, Stadtverordnete aus sieben Fraktionen des Magistrats hinsichtlich ihrer Überlegungen und Ideen zu befragen. Die Rückmeldungen der politischen Vertreter*innen wurden am letzten Tag für die Projektideen wieder aufgegriffen, um den Bezug zur Stadtpolitik herzustellen. Nach der Verabschiedung der Projekte durch das Plenum erfolgte die Ergebnispräsentation im Frankfurter Römer, wo Bürgermeister Uwe Becker im Plenarsaal die vorläufigen Ergebnisse interessiert entgegennahm.

Ausblick

In der Woche nach dem Konvent wurden die Ergebnisse in Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden in Schriftform gebracht - die vorliegende Handlungsempfehlung ist das Ergebnis dieses Prozesses. Die Handlungsempfehlung wird in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Oberbürgermeister Peter Feldmann, Bürgermeister Uwe Becker, Kaija Landsberg, der Geschäftsführerin des Bereichs "Demokratie stärken" der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung sowie Teilnehmenden des Konvents und mehr als wählten der Stadtöffentlichkeit vorgestellt. Darüber hinaus wird die Handlungsempfehlung in den Fraktionen der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung vorgestellt. Außerdem wird sie über verschiedene Kanäle in die Frankfurter Stadtgesellschaft hineingetragen. 100 Tage nach der Veröffentlichung der Handlungsempfehlung ziehen alle Beteiligten eine erste öffentliche Bilanz.

Absichtserklärung

Wir – die Teilnehmenden des Frankfurter Demokratiekonvents 2019 – wollen, dass Frankfurt demokratischer wird.

Wir haben deshalb gemeinsam konkrete Ideen entwickelt, wie die Möglichkeiten zur politischen Beteiligung der Frankfurterinnen und Frankfurter in Zukunft verbessert werden können.

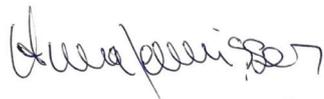
Wir erwarten vom Magistrat und der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, dass die von uns erarbeiteten Ergebnisse sorgfältig geprüft und anschließend in größtmöglichem Umfang verbindlich umgesetzt werden.

Demokratie funktioniert nur im Dialog. Wir hoffen, dass unsere „Handlungsempfehlungen für bessere Bürgerbeteiligung“ ein Anstoß dafür sind, den Dialog zwischen Stadtpolitik und Frankfurter*innen zu stärken. Für das Gelingen dieses Prozesses sind wir alle verantwortlich.

Frankfurt am Main, den 1. März 2019

gezeichnet die Teilnehmenden des Frankfurter Demokratiekonvents 2019:




Kunapenisser


Audra Jank


Paul Leub


Andrea Friedrich


Markus CuyMuff


Alexandra

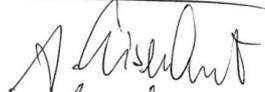



Nico




O. Randies

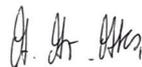



N. W. Schubert


Jürgen Bloch






A. H. H. H.




Lythia Chaeu


J. P. P. P.





Leitgedanken zur Zukunft der Bürgerbeteiligung in Frankfurt

Die beschlossenen Projektideen verbindet das Ziel, die Beteiligung der Frankfurterinnen und Frankfurter ins Zentrum des politischen Prozess zu rücken. Hierfür sind für uns Verbindlichkeit und Transparenz, Bürgernähe sowie barrierefreie und niedrighschwellige Zugänge Voraussetzung.

Das bedeutet, dass bei einer dialogorientierten Beteiligung von Bürger*innen in Frankfurt zunächst eine "Holschuld" der Politik besteht und dabei die Bedürfnisse und Möglichkeiten verschiedener Gruppen beachtet werden, damit alle von einer Entscheidung Betroffenen auch die Möglichkeit haben bei der Entscheidungsfindung Gehör zu finden. Dazu zählt auch, dass für Arbeitnehmer*innen außerhalb ihrer Arbeitszeit Möglichkeiten bestehen, ihre Ideen mit einzubringen und Vertreter*innen verschiedenen Alters mit einbezogen werden. Die Beteiligung auf Stadtteilsebene soll gestärkt werden.

Wir sind davon überzeugt, dass die Form der Bürgerbeteiligung immer auch abhängig vom zu behandelnden Thema ist. Die erarbeiteten Projektideen sind deshalb als ein ineinander greifendes Zusammenspiel zu verstehen. Die Verantwortung für die Umsetzung und Koordination liegt bei der Stadt Frankfurt.

Damit Bürgerbeteiligung in Frankfurt in Zukunft verbindlich geregelt wird, fordern die Teilnehmenden einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der einen Leitlinienprozess zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern (wie etwa in Darmstadt oder Wiesbaden) auch in Frankfurt in Gang setzt.

Abstimmungsergebnis beim Konvent: Zustimmung: 97 %

Auf einen Blick

Die konkreten Projektideen

1) Plattform für Frankfurter Bürgerdialog

Die Frankfurter*innen wollen an diversen Entscheidungsprozessen beteiligt werden und diese positiv beeinflussen. Andererseits sucht die Politik Antworten bei den Bürger*innen. Die „Plattform für Frankfurter Bürgerdialog“ bringt beide Seiten zusammen: Hier können sich Frankfurt*innen mit einem persönlichen Profil registrieren und Stadtpolitik sowie Verwaltung wird eine Kontaktaufnahme zu interessierten Bürger*innen ermöglicht.

Weiterlesen Seite 1

2) Frankfurter Konvent

Der Frankfurter Konvent ist ein gelostes Gremium von Frankfurter*innen, das konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet.

Weiterlesen Seite 2

3) Das rollende Wohnzimmer

Das „rollende Wohnzimmer“ ist ein weißer Doppeldecker-Bus mit einem weithin sichtbaren Sofa auf dem Dach, der zu den Frankfurter*innen fährt, zum Dialog einlädt, informiert und einen moderierten Raum für politische Beteiligung und Austausch zwischen Stadt und Bürger*innen schafft.

Weiterlesen Seite 3

4) Deine Meinung für Frankfurt

Durch die Schaffung einer Stelle im Rathaus (siehe auch Stabstelle Konvent), die das Onlinetool „Frankfurt Fragt Mich“ (FFM) optimiert, Austauschtreffen zwischen Politiker*innen und Bürger*innen im Rahmen des „Heißen Stuhls“ organisiert und Anlauf- und Beratungsstelle für alle zivilgesellschaftlichen Initiativen ist, rückt die Politik wieder näher an die Basis.

Weiterlesen Seite 4

5) Ey wow, ich bin gefragt – Frankfurt fragt mich!

Es soll eine zentrale und neutrale Anlaufstelle (siehe auch Stabstelle Konvent) geschaffen werden, die die Verbindung zwischen den Bürger*innen und der Stadt herstellt. Diese Stelle knüpft an bestehende Strukturen an (vgl. „Frankfurt fragt mich“) und kommuniziert Beteiligungsmöglichkeiten zu Top-Themen und individuellen Themen. Immer: analog, digital und barrierefrei.

Weiterlesen Seite 5

6) Direkte Abstimmungen in Frankfurt

Es soll ein Instrument zur direkten Mitsprache etabliert werden, bei welchem gewählte Vertreter*innen die Themenfindung, den Abstimmungsprozess und die Einbindung in die Politik begleiten und kontrollieren. Transparent, einfach und mit geringen Hürden.

Weiterlesen Seite 6

Plattform für Frankfurter Bürgerdialog

Registrieren - Engagieren - Bewegen

Kurzbeschreibung:

Die Frankfurter*innen wollen an diversen Entscheidungsprozessen beteiligt werden und diese positiv beeinflussen. Andererseits sucht die Politik Antworten bei den Bürger*innen. Die „Plattform für Frankfurter Bürgerdialog“ bringt beide Seiten zusammen: Hier können sich Frankfurt*innen mit einem persönlichen Profil registrieren und Stadtpolitik sowie Verwaltung wird eine Kontaktaufnahme zu interessierten Bürger*innen ermöglicht.

Konkrete Maßnahmen:

Durch die Plattform können Bürger*innen ausgewählt und zu bestimmten Entscheidungsprozessen eingeladen werden, um Eindrücke aus der Bevölkerung einzufangen und somit eine größere Akzeptanz politischer Entscheidungen herzustellen. Mit der Profilerstellung ist es möglich anzugeben, für welche Themenbereiche man kontaktiert werden möchte. Mögliche Kategorien sind etwa Stadtentwicklung, Kultur, Soziales, Zukunftsfragen, Mobilität/Verkehr, Migration, Umwelt, Klima oder Gesundheit. Des Weiteren kann durch die Plattform auch regional sortiert werden (Stadtteil-Ebene, Stadt-Ebene, regionale Ebene etc.). Ein Beispiel: Zur Diskussion zur Zukunft des Frankfurter Schauspiels könnten zufällig 10-20 Menschen ausgewählt werden, die auf der Plattform „Kultur“ als ihr Interessens- bzw. Expertisen-Gebiet angegeben haben.

Es können sich alle registrieren, die in Frankfurt gemeldet und älter als sechs Jahre sind. Ziel ist es, allen einen Zugang zu ermöglichen, der eine analoge (Brief/lokales Büro) und digitale Version (online) der Plattform sicherstellt. Sie fungiert, zum Beispiel zusammen mit „Deine Meinung für Frankfurt und Ey wow, ich bin gefragt – Frankfurt fragt mich!“, als eine einfache Möglichkeit der Bürger*innenbefragung zu ganz spezifischen Fragestellungen. Durch eine zufällige Auswahl von Bürger*innen findet eine Befragung zu Beginn und im Entscheidungsprozess selbst in Form von Treffen, Workshops, online/offline Umfragen statt. Für die Durchführung erfolgt ein Aufruf der Politik und eine Kampagne im Kontext der allgemeinen Leitlinien der Bürger*innenbeteiligung (siehe oben). Lokale Medien werden eingebunden und Bürger*innen auch direkt durch Briefe zur Registrierung aufgerufen. Die Datenbank wächst stetig und soll ein begleitender, integrierter und permanenter Bestandteil von politischen Entscheidungsprozessen sein.

Bei der Umsetzung müssen folgende Punkte beachtet werden: Datenschutz, Pflege der Datenbank, Problem von Partikularinteressen, Interessensdiskrepanz zwischen einzelnen Stadtteilen und dem allgemeinen Stadtwohl, Sicherstellung einer heterogenen Gruppe und die Akzeptanz der Expertise von Bürger*innen. Noch zu klären ist dabei, wann eine Einbindung der Bürger*innen optional ist – und wann sie verpflichtend ist.

Argumente für die „Plattform für Frankfurter Bürgerdialog“:

- Entscheidungen werden transparenter gemacht
- Entscheidungsgrundlage der Politik wird durch Wissen der Bürger*innen ergänzt (alle sind in gewissen Bereichen Expert*innen)
- Austausch auf Augenhöhe zwischen Stadtpolitik und Frankfurter*innen
- Möglichkeit eines Perspektivwechsels für Politiker*innen

Abstimmungsergebnis beim Konvent:

Zustimmung: 97 %  davon „meine Lieblingsidee“: 17 % ; sehe die Idee kritisch: 3 % 

Frankfurter Konvent

Gelost - Beratend - Repräsentativ

Kurzbeschreibung:

Der Frankfurter Konvent ist ein zufällig ausgelostes Gremium von FrankfurterInnen, das konkrete Handlungsempfehlungen für die Stadtverordnetenversammlung erarbeitet.

Konkrete Maßnahmen:

Der Frankfurter Konvent ist ein halbjährlich tagendes Gremium. Die ausgelosten Teilnehmenden tagen an vier Tagen und erarbeiten Handlungsempfehlungen zu stadtpolitisch relevanten Themen. Die Arbeit erfolgt in wechselnden Kleingruppen; Beschlüsse und Entscheidungen werden im Gremium gefasst. Die Teilnehmenden werden am ersten und dritten Konventtag von Politiker*innen der Stadt Frankfurt beraten. Je nach Thema gibt es außerdem Input von verschiedenen Expert*innen, sodass bei allen Ausgelosten eine wissensbasierte Diskussion möglich ist. Der Konvent wird durch eine Moderation geleitet; auch die Kleingruppenarbeit wird moderiert. Die Handlungsempfehlung wird verpflichtend in den betroffenen städtischen Gremien angehört. Ausgelost werden 50 Menschen, die Quoren sind Alter, Geschlecht und Stadtteil. Die Altersgrenze liegt bei 16 Jahren. Je nach Thema ist außerdem die Ansprache unterrepräsentierter Gruppen möglich. Eine Aufwandsentschädigung ist vorgesehen, sobald die Stadt Frankfurt ausreichend Mittel für ein solches Projekt bereitstellt. Bis dahin erfolgt die Arbeit ehrenamtlich.

Es wird eine Stabsstelle für die Organisation der Konvente sowie als Sprachrohr zwischen Bürger*innen und Politik eingerichtet. In die Arbeit der Stabsstelle werden mehr als wählen e. V. sowie Politiker*innen aller Fraktionen und Verwaltungsmitglieder eingebunden. Die Stabsstelle ist wesentlich damit befasst, ein Gelenk zwischen Stadt und Bürger*innen zu bilden. Außerdem können dort Themenvorschläge eingereicht und vorsortiert werden. Am letzten Tag eines jeden Konvents wird das nächste Konventthema beschlossen, sodass die Letztentscheidung bei den gelosten Menschen liegt. Die Stabsstelle ist außerdem verantwortlich dafür die Rückkopplung der Ergebnisse in die Stadt zu leisten. Sie misst, wie erfolgreich Handlungsempfehlungen waren und ob diese überhaupt angehört worden sind. So wird Verbindlichkeit geschaffen.

Die Finanzierung kann in mehreren Modellen erfolgen. Ein Prozent jedes Haushaltsprojekts soll in Partizipation fließen. Alternativ ließe sich auch eine Partizipationssteuer abzweigen. Letztendlich soll aber zunächst das Hauptamt der Stadt zumindest eine Basisfinanzierung sicherstellen. Besonders wichtig ist eine vernetzte Öffentlichkeitsarbeit: Der Anschluss an die bestehenden Kommunikationsportale der Stadt soll gewährleisten, dass viele Menschen den Konvent kennenlernen und so Vertrauen geschaffen wird. Offene Fragen gab es zur Auswahl unterrepräsentierter Gruppen, zur Detailstruktur der Konvente und zur institutionellen Verankerung.

Argumente für den „Frankfurter Konvent“:

- Dialogfähigkeit zwischen Stadt und Bürger*innen stärken; Bürger*innenschaft stärken
- Entscheidungsqualität verbessern, da weniger macht- und interessengeleitet
- frühzeitige Anhörung aller Betroffenen, weniger Frustration

Abstimmungsergebnis beim Konvent:

Zustimmung: 97 %  davon "meine Lieblingsidee": 13 % ; sehe die Idee kritisch: 3 %  **S.2**

Das „rollende Wohnzimmer“

Nah dran - Gut drauf - Mach mit!

Kurzbeschreibung:

Das „rollende Wohnzimmer“ ist ein weißer Doppeldecker-Bus mit einem weithin sichtbaren Sofa auf dem Dach, der zu den Frankfurter*innen fährt, zum Dialog einlädt, informiert und einen moderierten Raum für politische Beteiligung und Austausch zwischen Stadt und Bürger*innen schafft.

Konkrete Maßnahmen:

Das „rollende Wohnzimmer“ schafft lokale Räume für Austausch und politische Beteiligung in Frankfurt. Der Doppeldecker-Bus mit Wohnzimmer-Atmosphäre fährt täglich an unterschiedliche Stellen in der Stadt, um Frankfurter*innen die Gelegenheit zu geben sich auszutauschen, sich zu informieren und sich politisch zu beteiligen. Der Bus steht beispielsweise morgens mit kostenlosem Kaffee auf dem Wochenmarkt in Bornheim, mittags auf dem Pausenhof der Astrid-Lindgren-Schule in Ginnheim, nachmittags vor der Seniorenresidenz in Höchst und lädt abends Menschen in Sachsenhausen oder Bockenheim auf einen Äpfel ein (ggf. auch in Kooperation mit Cafés oder Kneipen vor Ort).

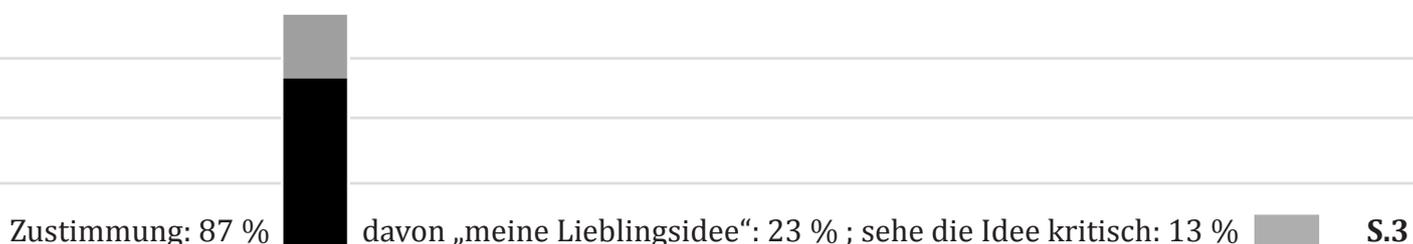
Von entscheidender Bedeutung für das Projekt sind gut geschulte ModeratorInnen, die im Bus konstruktive Gespräche und Diskussionen ermöglichen; gleichzeitig aber auch als erste Ansprechpartner*innen für die Fragen der Frankfurter*innen dienen (Wo muss ich mit meinem Anliegen hin? Hilft mir hier der Ortsbeirat oder sollte ich mich vielleicht an eine andere Stelle wenden?). Das Moderator*innen-Team (+ Projektkoordination) dient somit als „Bindeglied“ zwischen Stadt und Bürger*innen: Es macht die vielen vorhandenen, aber oft unbekannteren Beteiligungs- und Unterstützungsangebote in der Stadt besser zugänglich; darüber hinaus nehmen die Moderator*innen einzelne Themen und Stimmungen aus dem Bus mit und informieren einmal im Monat die Stadtpolitik sowie die Öffentlichkeit über das, was die Frankfurter*innen aktuell gerade beschäftigt.

Ergänzt wird das „rollende“ Wohnzimmer durch ein „digitales Wohnzimmer“ – eine einfach zu bedienende App, die es allen Nutzer*innen ermöglicht, über die Themen im Bus informiert zu bleiben, den Bus an bestimmte Orte zu „bestellen“ oder sich in moderierten Foren über aktuelle Themen und Fragen auszutauschen.

Argumente für das „rollende Wohnzimmer“:

- schafft eine bessere Verbindung zwischen Stadtpolitik und Frankfurter*innen durch Moderator*innen als „Bindeglied“
- verbessert somit Informationslage für Bürger*innen und Politik
- vermittelt Bürger*innen mit ihrem Anliegen niedrigschwellig und unbürokratisch zu den jeweils passenden Ansprechpartnern (Ortsbeirat, privaten Initiativen, Institutionen etc.)
- schafft lokalen Raum für Beteiligung: bürgernah, auf Augenhöhe, überparteilich – und gemütlich!

Abstimmungsergebnis beim Konvent:



Deine Meinung für Frankfurt

Vernetzen - Beteiligen - Verändern

Kurzbeschreibung:

Durch die Schaffung einer Stelle im Rathaus (siehe auch Stabstelle Konvent), die das Onlinetool "Frankfurt Fragt Mich" (FFM) optimiert, Austauschtreffen zwischen Politiker*innen und Bürger*innen im Rahmen des "Heißen Stuhls" organisiert und Anlauf- und Beratungsstelle für alle zivilgesellschaftlichen Initiativen ist, rückt die Politik wieder näher an die Basis.

Konkrete Maßnahmen:

„Deine Meinung für Frankfurt“ besteht aus zwei Projekten, "Frankfurt fragt mich" und dem „Heißen Stuhl“, die von einer einem bzw. einer Initiativenvertreter*in koordiniert werden. Zu Beginn soll diese Stelle dafür sorgen, das Onlinetool FFM allen Menschen in Frankfurt bekannt zu machen. Dabei soll auf möglichst diverse Weise Werbung geschaltet werden: in Zeitungen, Radio, Social Media, bei der Neuanmeldung in Frankfurt, per Post, etc. Hier muss darauf geachtet werden, dass Menschen sowohl on- wie auch offline erreicht werden, um z. B. nicht nur technikaffinen Menschen den Zugang zu FFM zu ermöglichen. Außerdem muss die Webseite einfach bedienbar gestaltet werden. Dafür bietet sich eine Übersicht nach Themen an, die gleich zu Beginn sichtbar ist und durch die Bürger*innen auf für sie relevante Themen stoßen können.

Durch FFM erkennt der bzw. die Initiativenvertreter*in, welche Themen in welchen Stadtteilen oder stadtteil-übergreifend gerade wichtig sind und gibt diese an die Stadtverordnetenversammlung weiter. Bei sehr akuten Themen wird ein sogenannter „Heißer Stuhl“ einberufen. Dabei sollen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung bzw. des Ortsbeirates teilnehmen. Wichtig ist, dass sich Bürger*innen und Politiker*innen auf Augenhöhe begegnen und gegenseitig Fragen stellen können. Durch diese Mischung aus on- und offline Angeboten sollen alle Bürger*innen die Chance erhalten, ihre Meinung kundzutun und von der Politik gehört zu werden.

Außerdem soll der bzw. die Initiativenvertreter*in auch Anlaufstelle für zivilgesellschaftliche Initiativen in Frankfurt sein, diese in rechtlichen Fragen sowie zu politischen Prozessen beraten und die Interessen dieser Initiativen im Rathaus vertreten. 30 % der Abstimmungen in der Stadtverordnetenversammlung und darauf folgende Prozesse durch den*die Initiativenvertreter*in mit bestehenden Initiativen vernetzt werden.

Argumente für „Deine Meinung für Frankfurt“:

- Anknüpfung an bestehende Strukturen
- Mischung aus on- und offline Mitbestimmung
- Meinungsaustausch auf Augenhöhe
- Initiativenvertreter*in als Schnittstelle zwischen Stadt und Bürger*innen

Abstimmungsergebnis beim Konvent:



Ey wow, ich bin gefragt - Frankfurt fragt mich!

Analog - Digital - Barrierefrei

Kurzbeschreibung:

Es soll eine zentrale und neutrale Anlaufstelle (siehe auch Stabstelle Konvent) geschaffen werden, die die Verbindung zwischen den Bürger*innen und der Stadt herstellt. Diese Stelle knüpft an bestehende Strukturen an (vgl. "Frankfurt fragt mich") und kommuniziert Beteiligungsmöglichkeiten zu Top-Themen und individuellen Themen. Immer: analog, digital und barrierefrei.

Konkrete Maßnahmen:

Eine zentrale Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung in Frankfurt soll zwei aktuelle Probleme in der Kommunikation zwischen Bürger*Innen und Stadt aktiv angehen: bereits vorhandene Beteiligungsprojekte sind nicht präsent genug und die Stadt kommuniziert nicht transparent, was mit den Ergebnissen aus solchen Projekten passiert. Die Hauptaufgaben der zentralen Anlaufstelle sollen deshalb die Information über bestehende Beteiligungsprojekte sowie die Schaffung eines strukturierten Prozesses für die Bearbeitung von bürgernahen Themen sein. Die Anlaufstelle soll analog, digital und barrierefrei agieren, um alle Bürger*Innen Frankfurts zu erreichen und dabei auch Personengruppen erreichen, die bisher außen vor gelassen werden.

Die analoge Kommunikation soll durch gut informiertes Personal erfolgen, das Fragen von interessierten Bürger*Innen verbindlich und kompetent beantworten kann. Sie muss barrierefrei sein und insbesondere auch gedrucktes Informationsmaterial in verschiedenen Sprachen zur Verfügung stellen. Bereits vorhandene Bürgerbüros können dafür genutzt werden. Daneben sollen mobile Stellen eingerichtet werden (siehe auch das "rollende Wohnzimmer"), die wie die aus dem Wahlkampf bekannten Stände zu regelmäßigen Zeiten an Orten mit viel Publikumsverkehr die Bürger*Innen über aktuelle Themen der Stadt neutral informieren und dabei Interesse für Kommunalpolitik und Bürgerbeteiligung wecken. Des Weiteren sollen die Bürger*Innen durch Werbung über Beteiligungsmöglichkeiten informiert werden. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, sollten dafür viele Wege beschritten werden: Plakate, Info-screens, Radiowerbung etc. Ein einheitliches Corporate Design für Bürgerbeteiligung in Frankfurt soll helfen, Wiedererkennbarkeit und Präsenz zu schaffen

In einer digitalen Welt sollte auch dieser Kanal genutzt werden, um mit Bürger*Innen in Kontakt zu treten. Auf einer leicht erreichbaren, übersichtlichen Homepage unter frankfurt.de/beteiligung sollen sich Interessierte über Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten informieren können und zu entsprechenden Bürgerinitiativen weitergeleitet werden. Durch eine individualisierbare Themenauswahl kann dabei jede*r Bürger*In das richtige Projekt für sich finden. Ergänzend dazu können über die Homepage monatlich Kurz-Umfragen über wichtige Themen (beispielsweise Wohnen, Umwelt, Pflege) durchgeführt werden. Daraus kann im Dialog zwischen Bürger*Innen und Stadt ein Kreativprozess gestartet werden, in den bestehende Projekte zum Top-Thema des Monats miteinbezogen werden können oder aus dem auch neue Ideen entstehen können.

Argumente für „Ey wow! Frankfurt fragt mich“:

- Schafft Verantwortung, Motivation, Vertrauen, Transparenz und Wertschätzung
- Zugehörigkeitsgefühl und barrierefreie Kommunikation zur Stadt werden gefördert
- Anknüpfungsfähigkeit an bereits bestehende Netzwerke

Abstimmungsergebnis beim Konvent:

Zustimmung: 80 %  davon „Meine Lieblingsidee“: 13 % ; sehe die Idee kritisch: 20 % 

Direkte Abstimmungen in Frankfurt am Main

Verbindlichkeit - Teilhabe - Entscheidung

Kurzbeschreibung:

Es soll ein Instrument zur direkten Mitsprache etabliert werden, bei welchem gewählte Vertreter*innen die Themenfindung, den Abstimmungsprozess und die Einbindung in die Politik begleiten und kontrollieren. Transparent, einfach und mit geringen Hürden.

Konkrete Maßnahmen:

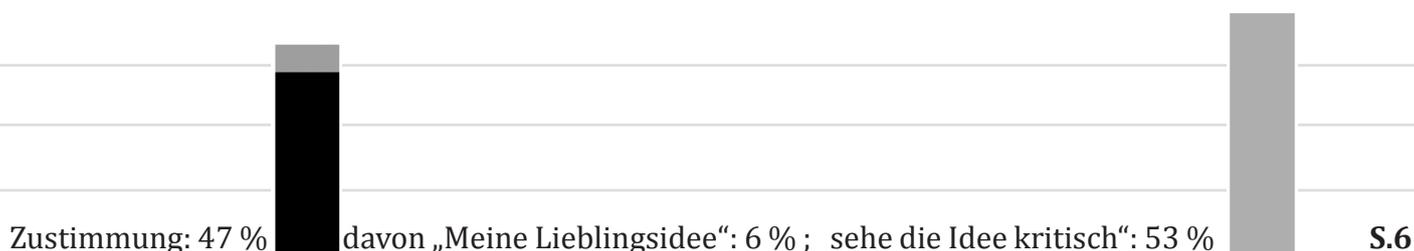
Bestehende Instrumente der direkten Abstimmung in Frankfurt (u.a. Bürgerentscheid) sollen verbessert werden. Ziel ist es, direkte Abstimmungen transparenter, einfacher und niedrigschwelliger zu etablieren. Hierzu sollte die Stadt eine*n Initiativenvertreter*in integrieren. Die Aufgabe dieser gewählten Vertreter*in ist es, ein Bindeglied zwischen Stadtverordnetenversammlung, Ortsbeiräten und Bevölkerung im Zuge direkter Abstimmungsprozesse zu bilden und diese zu institutionalisieren. Des Weiteren soll durch diese Vertreter*in auch dafür gesorgt werden, dass die Teilhabe an direkten Abstimmungsprozessen erhöht wird. Dies soll durch einen Ausbau analoger und digitaler Mittel erreicht werden. Informationen über direkte Abstimmungen in Frankfurt sollen somit allen Bürger*innen der Stadt durch einfache, barrierefreie Sprache zugänglich gemacht werden. Denn gerade im Hinblick auf direkte Abstimmungen ist es wünschenswert, dass alle Bürger*innen der Stadt, egal ob aus Höchst, Griesheim oder Sachsenhausen, am gemeinschaftlichen Prozess teilhaben können.

Ein Fokus sollte auch auf eine Ausweitung der Abstimmungsberechtigten gelegt werden. Die Stadt Frankfurt soll sich einerseits dafür einsetzen, dass alle gemeldeten Bürger*innen der Stadt, das heißt nicht nur EU-Ausländer*innen, sondern auch Ausländer*innen von Drittstaaten, an der Abstimmung teilnehmen können. Gleichzeitig soll es zu einer allgemeinen Ausweitung der Stimmberechtigung auf 16 Jahre kommen. Die Stadt Frankfurt sollte prüfen, ob bei direkten Abstimmungen, die sie maßgeblich betreffen, jüngere Menschen in den Entscheidungsprozess mit eingebunden werden. So können Kinder bei Entscheidungen über einen Kinderspielplatz in der Nähe des eigenen Wohnorts nicht nur eigene Ideen mit einbringen, sondern bei solchen Entscheidungen auch mit abstimmen.

Argumente für das Projekt „Direkte Abstimmungen in Frankfurt am Main“

- Ergänzung/Modifizierung bestehender Mittel der direkten Beteiligung in Frankfurt
- stärkere Einbindung von betroffenen Personen
- Erhöhung der Teilhabe durch barrierefreie und einfache Sprache
- Ausbau analoger und digitaler Mittel

Abstimmungsergebnis beim Konvent:





Teilnehmende des Frankfurter Demokratiekonvents 2019 zusammen mit *mehr als wählen e. V.* und Bürgermeister Uwe Becker vor dem Römer.

Ermöglicht wurde der Demokratiekonvent von einer Reihe an Unterstützer*innen und einem breiten Bündnis von Institutionen aus Kultur, Sport, Stiftungswesen und Zivilgesellschaft:

